

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdenerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnement-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Spediteur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inferate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreigespaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Mit der gestrigen Nummer hat für Berlin ein neues Monats-Abonnement begonnen. Man abonniert bei allen Zeitungs-Expeditoren, bei der Exprescompagnie, Scharrenstr. Nr. 1, und in der Expedition, Dresdenerstr. 85.

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin**, 1. Decbr. [Ueber die französische Reise des preussischen Premiers] sagt ein von Limayrac gezeichneter, augenscheinlich inspirirter, Artikel im heutigen „Constitutionnel“ unter Anderem: „Graf Bismarck habe bei den Besuchen, die er dem Kaiser und Herrn Drouyn de Lhuys abgestattet, selbstverständlich über Politik geredet, sich dabei aber einzig auf allgemeine Betrachtungen beschränkt. Fern von dem Streben, Frankreich für gewagte und den Frieden Europa's gefährdende Combinationen zu gewinnen, habe er in seinem Auftreten große Discretion und eine vollendete Courtoisie gezeigt.“ Gemahnt dies nicht an Talleyrand's geistreiche Bemerkung, daß uns die Sprache gegeben ward, um unsere Gedanken zu verbergen?

— [Die „Kreuzzeitung“] freut sich, weil nun auch die ministerielle „Prov. Corr.“ ihre (der „Kreuztg.“) Stellung zur Regierung richtig gewürdigt und es ausgesprochen habe, daß sie ein „unabhängiges“ Organ sei. Ferner erklärt sie die Behauptung der „irrtümlich“ für ein officiöses Blatt gehaltenen Wiener „Debatte“ für erdichtet, die Behauptung nämlich, daß „die österreichische Regierung in ihrer neuesten Depesche in der Frankfurter Angelegenheit ironisch auf die Pflüge hingewiesen habe, deren sich der in Frankfurt zu verpönde Nationalverein in Preußen selbst erfreue.“ Dabei wiederholt sie die Versicherung, daß Preußen stets nur den bundesmäßigen Weg in Vorschlag gebracht habe. „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“

— [Ueber preussische Press-Schicksale] ist zu berichten: Die Beschlagnahme der Nr. 547 der „Nat. Ztg.“ ist, wie nachträglich die „Nordb. Allg. Ztg.“ entdeckt hat, wegen des Artikels des Abg. Dr. Vosler in Betreff der Verordnungen über das Herrenhaus und zwar „wegen Majestätsbeleidigung“ und „Schmähung obrigkeitlicher Anordnung“ erfolgt. — Consciscirt ist die Dienstagsnummer der „Königsberger Hart. Ztg.“ Gründe unbekannt. — Bernichtet wurde durch Spruch der Königsberger Criminaldeputation die bei Wiegand in Leipzig erschienene Schrift: „Dr. Joh. Jacoby vor dem Kammergericht.“ Das Buch soll drei Stellen enthalten, die eine Beleidigung des Staatsministeriums und eine Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Steuer-gesetze ergeben.

* **Wien**, 28. Nov. [Thronrede. Amnestie-Decret. Ungarn. Englisch-österreichischer

Handelsvertrag. Croatisch-Slavonisches. Die „Presse“ über die Staatsconfusion.] Die Thronrede für den ungarischen Landtag ist bereits festgestellt, eben so ist das Amnestie-Decret abgefaßt, welches, wenn nicht früher, doch jedenfalls am Tage der Landtagsöffnung veröffentlicht wird. Dasselbe soll sehr umfassend und auf fast alle Emigrierte ausgedehnt sein. Die confiscirten Güter sollen zurückerstattet werden, und falls die politisch Verurtheilten nicht mehr am Leben sind, sollen die Güter den Erben zurückergeben werden. Es steht darnach auch zu erwarten, daß die deutschen im Exil lebenden Verurtheilten gleichfalls mit inbegriffen sind. — Man erwartet hier schon in nächster Zeit sehr weitgehende Zugeständnisse an die Ungarn, da man hofft, daß der Landtag sich dann um so eher geneigt zeigen wird, brauchbare Vorschläge in Betreff der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten zu machen. Darin dürfte man sich jedoch, wie wir stark glauben, sehr verrechnen. Die Ungarn wissen recht gut, daß der Kaiser als König von Ungarn gekrönt sein will und daß von ihrem Verhalten zum größten Theile die Zukunft der österreichischen Monarchie abhängt; sie sind energisch und verstehen es vortrefflich, den größtmöglichen Preis dafür zu verlangen. — Die Instruktionen, welche Herr Morier aus London für Lord Bloomfield mitgebracht hat, sollen entgegenkommend lauten, und man glaubt, daß es nun doch zum Abschlusse eines Handelsvertrages mit England kommen wird. — In Betreff des croatisch-slavonischen Landtags herrscht hier die Ansicht, daß die magyarische Partei, obwohl sie sich augenblicklich in der Minderheit befindet, das Uebergewicht erlangen, und daß Croatien, wenn nicht das October-Diplom und das Februar-Patent anerkennen, so doch den Krönungs-Landtag in Pesth beschicken werde, wenn die beiden Häuser in Pesth überhaupt dazu kommen, Krönungs-Landtag zu werden. Man hofft dies in Wien, weil man es wünscht. — Ueber die Staatsconfusion schreibt die Wiener „Presse“: „Im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht die Action der diesseitigen Landtage, namentlich der staatsrechtlichen Fragen wegen, die mit Maß, aber zugleich mit Festigkeit in Wien wie in Graz, in Brann wie in Klagenfurt, in Salzburg wie in Linz erörtert werden. In Prag scheinen Umstände Hrn. Professor Herbst ein leiseres Auftreten zu empfehlen. In Lemberg jubeln und adressiren Polen und Ruthenen vorläufig gemeinsam, um sich später desto lebhafter in die Haare zu fallen. Tyrol, das uralte Tyrol, hält sich fern von der Bewegung der deutschen Kronländer; es ist wahrhaftig zum Erbarmen. Dalmatien, Friaul, Triest folgen selbstverständlich der allgemeinen Strömung. Von größter Bedeutung ist die Haltung der Landtage Böhmens und Mährens, dort werden die Gegensätze am lebhaftesten an einander prallen. Gleichwohl ist die deutsche Partei in beiden Ländern so stark, daß selbst ihre

Ueberstimmung an dem Sachverhältnisse nicht ändern würde.“ (?) —

Ausland.

* **Paris**, 30. Nov. [Tagesbericht.] In Betreff des Spanisch-Chilenischen Conflicts macht jetzt auch die halb-officielle und officiöse hiesige Presse, einem Wink von oben folgend, eine Schwankung nach der spanischen Seite gegen England. Es liegt auf der Hand, daß es sich hier um eine Wiedervergeltung des Kaisers für die Haltung Palmerston's in der mexicanischen Frage handelt. Der Constitutionnel bringt folgende Erklärung: „Die Independance Belge vom 25. enthält in einer Pariser Correspondenz über die chilenischen Angelegenheiten folgende Phrase: „Ebenso nimmt der spanische Gesandte in Paris keinen Anstand, in vertraulichen Unterredungen zuzugestehen, daß Admiral Pareja zu rasch ins Zeug gegangen sei und ohne allen Zweifel werde desavouirt werden.“ Wir wissen nicht, aus welcher Quelle das belgische Blatt solche Angaben geschöpft haben kann, wir sind aber bevollmächtigt, die Erklärung abzugeben, daß die von der Independance Belge gebrachte Neuigkeit nicht den geringsten Boden unter dem Fuße hatte. Der spanische Gesandte hat keinen Augenblick glauben und sagen können, seine Regierung werde das Verfahren vom Chef des spanischen Geschwaders im stillen Meere desavouiren, während dieser nur seine Pflicht gethan, als er seinen Instruktionen gemäß verfuhr, die er erhalten und deren Zweck einzig und allein dahin ging, so rasch wie möglich eine mäßige Genugthuung zu erlangen, welche der spanischen Flotte gestatte, die Küsten Chili's zu verlassen und so die Ehre der Flagge, die ihm anvertraut worden, zu wahren.“ Zu gleicher Zeit berichtigt die France ziemlich spitz die Angabe, das Cabinet der Tuilerien fühle sich durch seine guten Beziehungen zu Spanien verhindert, das Schiedsrichteramt zwischen dem madrider Hofe und der chilenischen Regierung zu übernehmen; die englische Regierung werde dieses Geschäft allein übernehmen, und Frankreich sei im Voraus überzeugt, Englands Entscheidung werde die französischen Interessen so gut wie die englischen selbst wahren. In England weiß man nun aber nach der neuesten Post aus Valparaiso, daß die dortige Regierung entschlossen ist, Spanien nicht nachzugeben und es auf eine lange Blockade, wobei der europäische Handel am meisten leidet, ankommen zu lassen. — Das Madrid „Diario“ will wissen, daß England und Frankreich nicht die Absicht hätten, das Recht Spaniens zur Wahrung seiner Ehre zu beeinträchtigen. — Auf dem Finanzministerium sind noch weitere Reformen in Anregung gebracht worden. Namentlich findet die Einziehung der Special-Einnahmestellen Vertheidigung, und überdies ist viel die Rede von einer Reorganisation und Vereinfachung der Rechnungskammer. Große Ersparnisse würden indeß auch dabei nicht herauskommen. Weit wich-

tiger wäre dagegen die Ersparniß, welche gemacht werden könnte, wenn man sich entschließen wollte, die zahllosen und nutzlosen kleinen Festungen an der Nordostgrenze zu schleifen; außer der Ersparung der bedeutenden Unterhaltungskosten würde man einen hübschen Gewinn durch den Verkauf des freierwerbenden Terrains erzielen können. Dieser Plan ist Herrn Fould schon längst in den Sinn gekommen, aber dabei ist es geblieben. — Die Abberufung des Gouverneurs von Martinique wird nun bestätigt. Der Kaiser selbst hat den Befehl dazu gegeben. — Das österreichische Anlehen ist völlig gebekkt; die Zeichnungen werden sogar eine Reduktion von 25 pCt. zu erleiden haben. Dies ist jedoch nichts als ein geschicktes Manöver der Herren Unternehmer, die von vorn herein die Summen, für die sie selbst unterschrieben, darauf berechnet hatten, um ein solches Ergebnis herbeizuführen. Jetzt aber, nachdem soeben die österreichische Regierung so himmelschreiende Procente für ein Anlehen gebekkt, das zum großen Theil bereits vorgegebenes Brod ist, jetzt ist allem Anschein nach ein neuer Umschwung der Dinge zu bemerken und wenn nicht alles täuscht, werden France, Bays und Patrie schon in den nächsten Tagen bestimmte Ordre erhalten — falls sie ihnen nicht etwa schon zugegangen sein sollte — die Krallen, die sie bisher so sorgfältig unter dem Sammtpföden verborgen gehalten, dem geldbedürftigen Kaiserstaate freundschaftlich ein wenig ins Fleisch zu drücken. Schon jetzt sind gewisse Anzeichen vorhanden, aus denen man schließen darf, daß sich, wie gesagt, eine neue Wendung der Dinge in dieser Richtung hin verbreitet. Personen, welche den leitenden Kreisen ziemlich nahe stehen, erhielten bereits den Auftrag, das Gelingen des österreichischen Anlehens entschieden in Zweifel zu ziehen und in geheimnißvoller Weise von einer Broschüre zu sprechen, die, unter den Einflüssen des Grafen v. Bismarck geschrieben, den Zweck gehabt hätte, die österreichische Finanz-Operation noch im letzten Momente scheitern zu machen. Diese Broschüre sei anonym den größeren Banquiershäusern zugehandelt worden, welche sich bei dem Anlehen betheiligen. Niemand aber, weder ein Buchhändler, noch einer der gewöhnlichen Börsenbesucher, will von dieser Broschüre Kenntniß erhalten haben, die somit, wenn sie überhaupt existirt, sicher nicht in den Handel gekommen ist. Freilich ist dies ein Zustand, der gerade bei derartigen Pamphleten hier schon häufig beobachtet worden ist. — Möglich, daß etwas daran ist.

* **London, 29. Nov.** [Kabinetsoverlegenheiten. Sir Robert Peel, Kossuth und die Amnestie. Der engl.-österreich. Handelsvertrag. Jamaica. Fenierproceß. Reform-Meetings. Denkschrift. Aus Schang-hai.] Zu den Cabinetsoverlegenheiten sind neustens zwei Körbe gekommen, welche Lord Russell erhalten hat. Herr Baxter hat aus Rücksichten für seine Firma die Stelle eines Civil-Lord der Admiralität abgelehnt. In Lord Stanley, dem Sohne Lord Derby's, der die ihm angebotene Staatssecretairstelle gleichfalls abgelehnt hat, ist der Regierung ein tüchtiges Talent verloren gegangen. Familien- und Partei-Rücksichten sollen ihn dazu bestimmt haben. — Im Carltonclub geht die Sage, Sir Robert Peel habe von Russell die Kanzlerstelle des Herzogthums Lancaster angeboten bekommen, sie jedoch abgelehnt, wofür mit ihr kein Sitz im Cabinet verbunden sei. Abgelehnt somit aus ehrgeizigen, nicht aus politischen Gründen, und somit ist schwer zu begreifen, weshalb die Tories so eifrig nach diesem Fische angeln, der von seinem großen Vater wenig mehr als Namen und Vermögen ererbt hat. Sein Wit, sagt man, sei mehr salonmäßig als staatsmännlich, sein Fleiß unbeständig, sein Verwaltungstalent zweifelhaft, seine Freundschaft zuweilen gefährlich. — Aus Wien wird von verschiedenen Seiten gemeldet, der Kaiser beabsichtige, bei Eröffnung des Pesther Landtages eine allgemeine Amnestie für Ungarn zu gewähren, von der einzig und allein Kossuth ausgeschlossen werden soll. Der Kaiser kann sich diese Ausschließung sparen, da Kossuth, selbst wenn man ihm unbedingte Amnestie gewähre, unter den jetzigen Verhältnissen gewiß entschlossen ist, vom Vaterlande fern zu bleiben. — Eine andere

Wiener Neuigkeit, die heute durch den Telegraphen in alle hiesigen Morgenblätter Eingang gefunden hat, daß nämlich die englische Regierung der österreichischen sämtliche von dieser gewünschte Zolltarifs-Concessionen zugestanden habe, dem Abschlusse eines Handelsvertrages somit nichts weiter im Wege stehe, ist zuverlässig falsch. Es ist bekannt, daß die Verhandlungen sistirt sind, bis das zukünftige Verhältniß Oesterreichs und Ungarns zu einander eine faßbare Form angenommen haben wird, und diese Angabe ist die richtige, trotz aller Wiener Telegramme, die anders behaupten. — Das berechtigte Verlangen Aller, die es mit Englands Ehre ehrlich meinen, das Verlangen nach einer Unterzuchung der blutigen Vorgänge in Jamaica nämlich, wird von der Regierung nicht unberücksichtigt bleiben. Sie leitet eine strenge und gründliche Unterzuchung ein. — Der Fenierproceß in Dublin nimmt seinen Fortgang. In der gestrigen zweiten Sitzung der Special-Commission stellte, wie der „Times“ telegraphirt wird, Luby's Anwalt den Antrag auf Vertagung, wurde aber damit abgewiesen. Der Attorney General erhielt das Wort und sprach vier volle Stunden. Aus dem dann vorgenommenen Zeugenverhör ergab sich, daß Luby Eigentümer des Blattes „Irish People“ war, und die bei der Hauszuchung im Drudereigebäude confiscirten und jetzt vom Polizei-Inspector dem Gerichte vorgelegten Papiere bekundeten, daß Luby in engster Beziehung zu Mahoney, dem Fenierhaupte in Amerika, gestanden und sich mit verschworen habe, die gegenwärtige Regierung in Irland zu stürzen und eine Republik einzuführen. Andere Beweisstücke besagten, daß Luby bestimmt war, an Stephens' Stelle zu treten in der militärischen Leitung des irischen Aufstandes. — Gestern kam eine Deputation aus Bradford, um Lord Russell eine Denkschrift des am 22. Nov. gehaltenen Reform-Meetings zu überreichen. — Aus Schang-hai, 25. Oct., wird gemeldet, daß Burgewine von den Mandarinern ermordet wurde und nicht, wie es in dem amtlichen Berichte derselben hieß, erkrankt sei. Die Kiste von Amoy ist blosirt.

— 30. Nov. [Renesies.] Nach den heutigen Morgenblättern beabsichtigt die Königin, das Parlament persönlich zu eröffnen. Das bisherige bei Eröffnung des Parlaments übliche Ceremoniell wird etwas modificirt werden.

* **Italien.** [Päpstliches. Banditenwesen. Der republikanische Verein zu Florenz.] Aus Rom verlautet, daß der Papst das geheime Consistorium auf Mitte Decembers und die Ernennung der Cardinäle bis zum Frühjahr-Consistorium vertagt habe, um sich ganz mit einem Manifeste an die Christenheit zu beschäftigen, sowie daß er den Mitgliedern des heil. Consistoriums befohlen habe, die Frage nach allen Seiten hin gründlich zu erwägen, welche der heilige Vater in Erwiderung auf die Thronrede des Königs Victor Emanuel in der nächsten Allocution zu erörtern beabsichtigt. Es wird dabei die vom Könige angekündigte Trennung der Kirche vom Staate und die Unterdrückung der geistlichen Corporationen in den Vordergrund treten. Der Papst hat sich bereits gegen diesen und jenen Cardinal unverhohlen darüber geäußert, wie er wünsche, daß die nunmehrige Lage der Kirche aufgefaßt werde. Er ist überzeugt, daß die Zeit weniger zum Handeln als auf kirchlichem Grunde würdig festzustehen einlade; Angriffe der weltlichen Macht auf die Kirche, wie sie noch sein Vorgänger durch eine leichte Bewegung mit dem Hirtenstabe wiederholt zurückgewiesen habe, würden durch einen ähnlichen Act jetzt nur verdoppelt werden; die Angriffe würden von den Gegnern der Kirche nach Programmen ausgeführt, deshalb müsse ihnen eine besonnene, wohlgeordnete Bertheidigung entgegengesetzt werden; nur wenn dies mit Ausdauer durchgeführt wäre, sei zu hoffen, daß der Gegner, wenn er die höchste Höhe erstiegen zu haben glaubte, eine höhere Macht unvermuthet über seinem Haupte erblicken werde. — Die päpstlichen Censurarmen sollen mehrere Räuberhauptleute verhaftet haben. — Der republikanisch-demokratische Verein in Florenz hat zur Ausdehnung seiner Agitation in seiner Sitzung vom 21. d. folgende Beschlüsse gefaßt: 1) brüderliches Zusammenwirken und beständiger Verkehr mit den demokratischen Vereinen

der Romagna; 2) Ernennung von Correspondenten im In- und Ausland; 3) Beglückwünschung des Bürger's Grilenzoni wegen Ablehnung eines Sitzes im monarchischen Parlament. In einer nächsten Sitzung soll eine Motion eingebracht werden, die auf die Ausübung einer unmittelbaren Action auf die Bevölkerung von Florenz hinzielt, welche eine so glorreiche republikanische Vergangenheit aufzuweisen habe. Es herrscht überhaupt in den verschiedenen politischen Kreisen erneut große Thätigkeit. Sicher ist, daß auch Italien noch nicht vor dem Abschlusse seiner Entwicklung steht und die Nation einer größeren Zukunft harret.

Schweden. [Reformvorschlag.] Der Justizminister hat eine Deputation aus der Provinz empfangen und derselben die Hoffnung ausgesprochen, daß die hinsichtlich des Reformvorschlages herrschenden Zweifel einer ernstlichen Prüfung Seitens des Adels und der Geistlichkeit weichen würden. — Die officielle Stockholmer „Posttidning“ erklärt, daß die Regierung keinerlei Abänderung des Reformvorschlages acceptiren werde.

* **Griechenland.** [Sponnedisches.] Es soll nunmehr feststehen, daß Graf Sponned, der gegen ihn gerichteten Opposition nachgebend, Griechenland verlassen werde, und im Begriff stehe, nach Rom abzureisen.

Vereins-Beil.

Berlin, 1. December.

* Die Generalversammlung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins betreffend, erhielten wir noch gestern Abend, jedoch erst nachdem unser Blatt bereits vollständig gedruckt war, durch das Vorstandsmitglied Herrn Schlingmann nachstehendes, an ihn, als Vorstandsmitglied, gerichtetes Circular des provis. Vereinspräsidiums.

Das fragliche Circular, vom 28., aus Frankfurt, datirt, traf erst gestern Vormittags bei Herrn Schlingmann ein und wurde uns nicht früher mitgetheilt, weil derselbe, und dies mit Recht, der Ansicht war, daß ein derartiges officielles Document der Redaction des Partei-Organs zur Veröffentlichung zugeschiedt worden sein müßte.

Es ist dies jedoch keineswegs der Fall gewesen, und wir können es daher nicht unterlassen, unser gerechtes Erstaunen darüber auszusprechen.

Das fragliche Document konnte und kann nicht als ein privates oder geheimes, etwa nur für die Vorstandsmitglieder bestimmtes, betrachtet werden, sondern lediglich als ein zur raschesten Mittheilung für den ganzen Verein, für alle Mitglieder, geeignetes.

Ueberhaupt müssen wir bei dieser Gelegenheit wiederholt in Erinnerung bringen, daß alle Beschlüsse und Handlungen unseres demokratischen Vereins nur dann für die Gesamtheit erspriechlich wirken können, wenn dabei mit derjenigen Offenlichkeit verfahren wird, welche den Principien unserer Partei entspricht.

Denn nur dann werden Alle von dem so unentbehrlichen Vertrauen erfüllt sein, daß nur der Wille und die Meinung der Gesamtheit zur Geltung kommen können, eine Verfolgung von Sonderinteressen aber nicht möglich ist.

Das Vereinsorgan, dazu bestimmt, die Interessen der Partei in jeder Hinsicht zu vertreten und zu fördern, und allen Kundgebungen, welche ihr Interesse betühren oder erregen, die rascheste und allgemainsche Verbreitung zu sichern, ist außer Stande, dieser Bestimmung vollständig zu entsprechen, wenn man ihm die den Gesamtverein betreffenden Documente nicht rechtzeitig zugehen läßt.

Die Redaction des Vereinsorgans, die bisher freudig jedes ihr nur immer mögliche Opfer gebracht hat, kann mit Fug und Recht mindestens das verlangen, daß man ihr ihre Aufgabe nicht noch erschwere.

Aber nicht im eigenen Interesse, nein, im Interesse der Gesamtheit, im Interesse aller Mitglieder des Vereins, muß sie für dieses Recht in die Schranken treten und auf seine Gewährleistung dringen.